



Pressekontakt:

BUND Odenwald, Harald Hoppe - 06163 912174

Bilder zum Abdruck im Zusammenhang mit dieser Pressemitteilung freigegeben

## **09.12.18 - Pressemitteilung 2018-24:**

### **Odenwälder Politik ist gegen den Klimaschutz**

Der Kreisverband vom Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) wertet die öffentliche Diskussion um die Windkraftnutzung im Odenwald unter dem Aspekt, inwieweit die grundlegenden Argumente von den verantwortlichen Politikerinnen verstanden wurden.

Deshalb sei auf die wichtigste Aussage hier nochmals hingewiesen: Die Debatte ging von der einhelligen Einschätzung von 99% aller wissenschaftlichen Beiträge der vergangenen 20 Jahre aus, dass die Menschheit zur Veränderung der Atmosphäre einen schwerwiegenden Beitrag leistet. Dieser Beitrag führt zu der Veränderung des Weltklimas, die Wissenschaftler ebenso einhellig in ihren negativen Auswirkungen beschreiben. Beide Grundaussagen werden von einer Minderheit in der Wissenschaft nicht geteilt. Weil sie das bestehende wirtschaftliche System der Energieerzeugung in Frage stellen, werden diese Aussagen von der Energiewirtschaft ebenfalls angezweifelt. Die Energiewirtschaft ist aber nicht in der Position, über grundsätzliche wissenschaftlich erarbeitete Thesen neutral zu urteilen, weil sie selbst Teil des Problems ist.

Also wurden die Fragen der künftigen Energieerzeugung in den Jahren seit 1993 durch politische Entscheidungen beantwortet. Bis heute sind keine in eine andere Richtung weisende Grunderkenntnisse zum Weltklima bekannt geworden – alternative Fakten werden von Minderheiten gepflegt.

Landrat Frank Matiaske greift nun die Regierungspräsidentin an, weil diese eine Binsenweisheit als Grundlage der politischen Entscheidungen wiederholt: am besten wird Wind dort genutzt, wo er am stärksten weht. Matiaske weiß genau, dass es kein Unternehmen gibt, das auf dem Gebiet der Stadt Frankfurt 20 Windräder bauen würde – weil sich das im Maintal eher nicht so gut lohnt, wie auf den Berghöhen von Taunus und Odenwald. Diesem Grundsatz ist Deutschland zudem durch den Bau von Windparks in der Nordsee gefolgt und weil solche Projekte nur von den größten Akteuren zu bewältigen sind, fanden sich hier auch Ausführende bei eon, RWE & Co. Der Transport des Nordseestroms zu den Verbrauchern in Süddeutschland stößt auf Widerstand. Deshalb sind dezentrale Windkraftanlagen auf den Mittelgebirgshöhen nötig, wenn man den politischen Zielen ‚Atomstrom abschalten‘ und ‚Kohlestrom abschalten‘ folgen will.

In Hessen wurde vor 7 Jahren das Ziel ‚2% der Landesfläche für Windkraft vorsehen!‘, vereinbart. Wenn Herr Matiaske jetzt darauf besteht, dass diese Durchschnittszahl als Obergrenze auf den Odenwaldkreis anzuwenden ist, dann zeigt er, dass er die grundlegenden Gedanken der Energiewende nicht verstanden hat – oder nicht verstehen will.

Der BUND-Odenwald sieht jedenfalls in den jüngsten Äußerungen Odenwälder Politikerinnen den Beweis, dass die bisherige naturfeindliche Politik im Kreis weiter die Oberhand hat. Matiaske weist gegenüber dem BUND bei jeder Gelegenheit darauf hin, welche verwaltungsspezifischen Hindernisse dagegen stehen, dem Naturschutz ein größeres Gewicht zu geben. Klimaschutz als Gemeinschaftsaufgabe kommt in dieser Denkweise nicht vor. Da helfen auch zaghafte Ansätze, wie die vielzitierte Ökomodellregion nicht wirklich, denn deren Ausstattung mit Geld reicht gerade mal dazu, zwei Nachdenker in der Verwaltung zu bezahlen. Von einer Änderung durch Taten in der 21.000 ha großen Landwirtschaftsfläche des Kreises ist man Jahre entfernt. Wenn die Odenwälder Politik sich jetzt damit profiliert, den Akteuren der Windkraftbranche Stolpersteine in den Weg zu legen, dann zeigt sie damit leider nur, dass sie die Grundzüge unseres Umgangs mit unserer Welt nicht zu ändern bereit ist. Der BUND fordert seit 20 Jahren dazu auf, größere Effizienz und die Einsparung von Strom zu praktizieren. Ein Schwenk der Debatte in diese Richtung könnte mehr bewirken, als das Drohen mit Verwaltungsgerichtsprozessen.